

ZU DIESEM HEFT	237	ADB-FORUM	
SCHWERPUNKT			
<i>Norbert Lammert</i> Demokratie braucht politische und kulturelle Bildung	238	<i>Monika Grütters</i> Die Freiheit der Kultur bewahren Zum Verhältnis von Politik und Kultur	288
<i>Wolfgang Zacharias</i> Politische Aspekte kulturell-ästhetischer Bildung und Dimensionen des Politischen in der Kulturellen Bildung Oder: Alles hängt mit allem zusammen, irgendwie und sowieso	241	ADB-JAHRESTHEMA	
<i>Thomas Ritschel</i> Künstlerische Intervention im öffentlichen Raum	252	<i>Gertrud Gandenberger</i> ,Frauenrechte sind Menschenrechte – damals wie heute' Ein deutsch-polnisches Medien- und Dokumentationsprojekt	292
<i>Tania Meyer</i> Theaterpädagogik als politische Bildung Oder warum Theater spielen (fast) immer politisch ist...	257	METHODEN UND ARBEITSHILFEN	
<i>Katrin Gödeke</i> Die Kunst der Verständigung – kulturelle Bildung in Internationalen Begegnungen	261	<i>Ina Bielenberg</i> Wer Was Wie Wo? Informationen zur kulturellen Bildungslandschaft in Deutschland	296
<i>Susanne Gärtner</i> Von der Annäherung an einen Raum zwischen Mythos und Tabu Bericht über eine Bildungsreise nach Niederschlesien	267	INFORMATIONEN	
<i>Christian Schleicher</i> The WoodHouse Project Feindschaft erkennen – Freundschaft gestalten	274	Meldungen	301
<i>Martin Kaiser</i> Beim Wort genommen? Interkulturelles Lernen im Literaturcafé	280	Aus dem AdB	312
		Personalien	327
		Bücher	329
		Markt	338
		IMPRESSUM	345

**Thema des nächsten Heftes:
Europäische Rahmenbedingungen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung**



Zwischen politischer und kultureller Bildung gab es – zumindest in der Jugendarbeit – immer schon eine enge Beziehung. Die Trennung pädagogischer Arbeitsfelder außerhalb der Schule ist eher den Bedingungen der Förderungspolitik geschuldet als pädagogischen Anliegen, auch wenn es aus der Sicht der

Fachdidaktiken ein berechtigtes Interesse daran gibt, die spezifischen Ziele, Inhalte und Methoden kultureller und politischer Bildung auseinanderzuhalten. Aber die Versuche einer scharfen Abgrenzung, mit der jeweilige Ansprüche der beiden Bildungsbereiche gegeneinander ins Feld geführt wurden, sind mittlerweile obsolet, zumal es in der Praxis keinen vernünftigen Grund dafür gibt, den einen gegen den anderen auszuspielen und den Teilnehmern/Teilnehmerinnen diese didaktischen Kontroversen ohnehin Hekuba sind. Das mag vor Jahrzehnten anders gewesen sein, als „musische Bildung“ im Verdacht stand, die Widrigkeiten der Wirklichkeit auszublenden und die Flucht in eine heile Welt zu befördern.

Kultureller und politischer Bildung ist gemeinsam, dass ihr zentraler „Gegenstand“ sich jeglicher Einhegung entzieht. Kultur lässt sich nicht auf Kunst beschränken, Politik ist mehr als staatliches Handeln. In beiden stehen zudem gesellschaftliche Beziehungen und deren Gestaltung, die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und ihre Interpretation im Mittelpunkt.

In unserem neuen Heft geht es um die Frage, wie sich politische und kulturelle Bildung in der Bildungspraxis aufeinander beziehen. An Beispielen aus dem Bildungsalltag wird verdeutlicht, wie spielerische, kreative und künstlerische Zugänge politische und historische Sachverhalte, also genuine Inhalte politischer Bildung, erschließen, weil sie Menschen neue Wahrnehmungs- und Aneignungsmöglichkeiten eröffnen. Dabei ist es nicht das Ziel, künstlerische Formen für politische Botschaften zu instrumentalisieren, wengleich Kunst immer auch eine politische Funktion hatte und hat. Im Vordergrund steht vielmehr der Versuch, der subjektiven Annäherung mehr Raum zu geben als das bei konventionelleren Vermittlungsformen möglich wäre, die Eigenaktivität der Teilnehmer/-innen anzuregen, sie dabei zu ermutigen, ihren Eindrücken auch in nonverbalen Formen Ausdruck zu geben. Auch die Betrachtung von Kunstwerken bietet Anknüpfungspunkte für Fragen, die Fragen politischer Bildung sind. Wie dies alles gelingt, wird in diesem Heft an künstlerischen Aktionen beschrieben, die im Rahmen interkultureller Begegnungen, bei einer Studienreise, bei Interventionen im öffentlichen Raum oder in einem theaterpädagogischen Projekt stattfanden.

Diese Beispiele aus der Praxis außerschulischer Bildung belegen den Titel des einleitenden Beitrags: „Demokratie braucht politische und kulturelle Bildung.“ Und politische und kulturelle Bildung brauchen die Unterstützung durch eine Politik, die ihre Autonomie respektiert.

Ingeborg Pistohl

Demokratie braucht politische und kulturelle Bildung

Norbert Lammert

Norbert Lammert begründet den Zusammenhang zwischen politischer und kultureller Bildung. Er geht dabei sowohl auf die eigenständige Bedeutung der beiden Lernfelder als auch auf ihre Schnittstellen ein. Der Beitrag verweist auf die Gemeinsamkeiten von politischer und kultureller Bildung, deren Ergebnisse zwar keinen messbaren materiellen Nutzen haben, die aber unerlässlich für die Vermittlung von Werten und Orientierung und die Entwicklung von Kompetenzen sind, die gesellschaftliche Teilhabe erst ermöglichen. Am Beispiel der Medienkompetenz verdeutlicht Norbert Lammert, wie fließend die Grenzen von politischer und kultureller Bildung sind.

Willy Brandt war „ein berühmter DDR-Politiker“ und die Berliner Mauer wurde „von den Alliierten errichtet“ – einer Studie des „Forschungsverbundes SED-Staat der Freien Universität Berlin“ zufolge glauben dies heute zwischen 20 und 30 Prozent von mehr als 5.000 befragten Schülern aus Berlin, Brandenburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Zwei Mädchen antworteten auf die Frage, ob die DDR ihrer Meinung nach demokratisch gewesen sei, nach einer kurzen Bedenkpause: „Hieß DDR nicht Deutsche Demokratische Republik? – Ja klar, die war demokratisch.“ (vgl. Das

Politische Bildungsarbeit in Deutschland ist wichtig und in den letzten Jahren offensichtlich nicht weniger wichtig als vorher

Parlament, 13.10.2008) Solche Befunde unzureichender Kenntnisse über die Zeitgeschichte, die um mangelndes Grundwissen über unser politisches System ergänzt

werden könnte, zeigen: Politische Bildungsarbeit in Deutschland ist wichtig und in den letzten Jahren offensichtlich nicht weniger wichtig als vorher. Ihre Träger leisten einen unverzichtbaren Beitrag für eine lebendige Demokratie, die auf die Partizipation mündiger Bürger angewiesen ist. Der Staat steht deshalb in der Pflicht, die Bildungsträger in ihrem Anliegen zu unterstützen, wie diese selbst in der Verantwortung sind, die Adressaten mit ihrer Bildungsarbeit auch wirklich zu erreichen.

Ich sehe neben der reinen Wissensvermittlung noch drei weitere klassische Kernaufgaben der politischen Bildung, die nur dann erfolgreich ist, wenn sie nicht als akademische Trockenübung oder theoretische Auseinandersetzung über Staat und Gesellschaft daherkommt: Sie muss Orientierung ermöglichen, Werte begründen und zum Engagement in unserer Gesellschaft ermutigen. Jede Gesellschaft wird aber letztlich – und das gilt es nach meinem Empfinden in der politischen Bildungsarbeit noch stärker zu betonen – weder durch Politik zusammengehalten noch

durch Wirtschaft, sondern durch Kultur. Unsere Demokratie braucht deshalb Bürger, die politisch informiert und kulturell gebildet sind. Mein Plädoyer für diese These wird – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – Grundlagen, Inhalte und Vermittlungswege

Unsere Demokratie braucht Bürger, die politisch informiert und kulturell gebildet sind

politischer Bildungsarbeit beleuchten, um deren enge Verbindung zur kulturellen Bildung zu zeigen.

Natürliches Wechselverhältnis

Politische und kulturelle Bildung haben gemeinsam, dass beide zwar unerlässliche Kompetenzen zur gesellschaftlichen Teilhabe vermitteln, aber keinen unmittelbar messbaren materiellen Nutzen haben. Politische Bildung muss sich daher die Einsicht zu ihrer Notwendigkeit immer wieder aufs Neue erkämpfen – eine Herausforderung, die sie mit den Angeboten von Kunst und Kultur teilt. Politische und kulturelle Bildung haben jedoch mehr als nur solche Schnittstellen, sie sind vielmehr wechselseitig aufeinander bezogen. Politische Bildung sollte das Ziel verfolgen, die Teilhabemöglichkeiten an sozialen und kulturellen Prozessen zu erweitern. Auch in diesem Zusammenhang ist der Wert kultureller Bildungsangebote für die politische Kultur in unserem Land nicht zu unterschätzen. Denn kulturelle Bildung ist eine Schlüsselkompetenz zur Persönlichkeitsentwicklung und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Mündigkeit der Bürger, auf welche die Demokratie so sehr angewiesen ist. Anders formuliert: Kulturelle Bildung legt wichtige Grundlagen dafür, sich politisch aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft zu beteiligen. Dies beginnt ganz handfest mit der Lesekompetenz und hört mit dem Erlebnis gemeinsamen Musizierens keineswegs auf. Können, Disziplin und Teamfähigkeit sind nicht nur ästhetische Kategorien.

Medienkompetenz: Politisch relevante Kulturtechnik

Auch die Vermittlung von Medienkompetenz zeigt, wie fließend die Grenzen zwischen politischer und kultureller Bildungsarbeit sind. Politische Bildung muss sich beständig den veränderten gesellschaftlichen Anforderungen stellen, um die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger fördern zu können. Dies trifft ganz wesentlich für den Wandel zur Informations- und Wissensgesellschaft zu, der mit einer rasanten Veränderung der Medienlandschaft verbunden ist. *Rudolf Augstein* hat einmal be-

Nie hat man so viel gewusst oder wissen können, aber so wenig Zusammenhänge erkannt

merkt: „Die Zahl derer, die durch zu viele Informationen nicht mehr informiert sind, wächst.“ Nie hat man jedenfalls so viel gewusst oder wissen können, aber so wenig Zusammenhänge erkannt. Im Zeitalter des schnellen Informationsaustausches fehlt es bei aller Informationsfülle oft an Orientierung. *Richard von Weizsäcker* sprach in diesem Zusammenhang bereits vor vielen Jahren von einer Umkehrung der Wichtigkeiten in unserer Gesellschaft. Auch ich finde es bedenklich, dass wir uns zunehmend in einer medialen Umgebung befinden, in der – zugespitzt formuliert – vorzugsweise über das berichtet wird, was unterhaltsam, aber unwichtig ist, während das, was wirklich Bedeutung hat, nicht oder nur nachrangig Gegenstand öffentlicher Diskussionen ist. Medien sind aber eine Schlüsselinstanz der Politikvermittlung und zugleich politischer Faktor der Gesellschaft. Wenn zutrifft, dass mehr als 20 Prozent aller Schüler in Deutschland die Schule verlassen, ohne an einer Schlagzeile unterscheiden zu können, was Werbung, was Meinung und was Bericht ist, wird klar: Medienkompetenz als eine Kulturtechnik und als Grundqualifikation in der Wissensgesellschaft muss stärker in den Fokus politischer Bildungsangebote gerückt werden.

Kulturangebote ermöglichen kreative Zugänge zur Politischen Bildung

Politische Bildung, hat die *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“* in ihrem Abschlussbericht notiert, vermittelt sich u. a. über die lebendige Auseinandersetzung mit kulturhistorischen Überlieferungen. Ihre Inhalte werden zudem wesentlich über künstlerische Ausdrucksmittel, wie den Film, das Theater, Musik oder Ausstellungen, transportiert. Diese Vermittlungswege erleichtern gerade durch ihre Anschaulichkeit den Zugang zu politischen Fragestellungen und erschließen mithin der politischen Bildungsarbeit breitere Zielgruppen, gerade auch in politik- und bildungsferneren Schichten. Bereits Anfang des Jahrzehnts hat die *Bundeszentrale für politische Bildung* in Kunst und Kultur besonders geeignete Mittel erkannt, Formen, Inhalte und Orte politischer Bildung zu erneuern. Der Präsident *Thomas Krüger* brachte 2001 diese Potenziale von Kunst und Kultur auf den Punkt: „Hier können Übertreibungen, Gewagtes oder Skandalöses Raum bekommen, Komplexes darf unbegriffen zur Disposition gestellt werden, Eindeutigkeiten und Festlegungen sind nicht

Politische Bildung mit kulturellen, künstlerischen oder ästhetischen Mitteln befriedigt auch Bedürfnisse nach individueller, subjektiver Auseinandersetzung mit Grundfragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung

verlangt. Künstlerischer Ausdruck und ganzheitliche Erfahrungen brechen das Primat des Analytisch-Kognitiven, das für politische Bildung lange Zeit konstitutiv erschien. Sie lösen es nicht ab, relativieren aber zukunftsweisend.“ Politische Bildung mit kulturellen, künstlerischen oder ästhetischen Mitteln ist natürlich kein „Allheilmittel“, wie Krüger selbst festgestellt hat. Aber sie befriedigt neben der Vermittlung von Kenntnissen über die gesellschaftlichen Grundzusammenhänge auch Bedürfnisse nach individueller, ganz subjektiver Auseinandersetzung mit Grundfragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Und weil unsere Demokratie vom kritischen und wachsamem Geist der Bürgerinnen und Bürger lebt, ist es geboten, auch diese Wege zu nutzen, um das Interesse an politischen Zusammenhängen zu stärken und so politisches Engagement zu fördern.

Werte und politische Kultur

Politische Bildungsarbeit bedeutet das Schärfen eines kritischen Urteilsvermögens über politische und gesellschaftliche Sachverhalte. Sie muss dabei die kulturellen Entstehungsbedingungen unserer Demokratie mitreflektieren. Jede Gesellschaftsordnung hat kulturelle Grundlagen. Der Kern jeder Verfassung ist Kultur. Verfassungen fallen nicht vom Himmel. Sie sind immer Ausdruck der Erfahrungen, die Menschen in einem Land gemacht und der Einsichten, die sie gewonnen haben, der Überzeugungen, die in einer Gesellschaft Gültigkeit und der religiösen Glaubensorientierungen, die in einer Gesellschaft Bedeutung haben – oder eben nicht. Auch Freiheit ist nicht voraussetzungslos, sondern ein Produkt historischer Entwicklungen, ein Ergebnis von Erfahrungen und politischen Gestaltungsprozessen.

In einer in Zeiten der Globalisierung unübersichtlicher gewordenen Welt sind das Orientierungsbedürfnis der Menschen und der Bedarf an Werte- und Identitätsvermittlung deutlich gewachsen. Dieser Aufgabe sollten die Institutionen der politischen Bildung insbesondere in einer Gesellschaft, die von zunehmender Migration geprägt ist und deshalb vor wichtigen Integrationsaufgaben steht, wieder deutlich stärker nachkommen.

Der eigentliche Gegenstand von Politik sind Interessen, nicht Wahrheiten

System, zu dem sich unser Staat bekennt, beruht auf der Überzeugung, dass man den Menschen die Wahrheit sagen kann.“ Das klingt plausibel. Doch der eigentliche Gegenstand von Politik sind Interessen, nicht Wahrheiten. Die Aussichtslosigkeit einer abschließenden Beantwortung der klassischen Frage nach der Wahrheit ist zugleich die Voraussetzung für Demokratie. Das zentrale Prinzip demokratischer Entscheidung, nämlich die Mehrheitsentscheidung, hat zur logischen Voraussetzung, dass es keinen Wahrheitsanspruch gibt. Denn über Wahrheiten lässt sich nicht abstimmen. Es gehört zu den ebenso weitverbreiteten wie bedenklichen Verirrungen der politischen Kultur in Deutschland, dass sich bei uns Mehrheiten immer wieder gerne einreden, das Vorhandensein dieser Mehrheit sei gleichzeitig auch der Nachweis für die Richtigkeit der eigenen Position. Das Gegenteil trifft zu, denn hätte man die Richtigkeit der eigenen Position nachweisen können, wäre die Abstimmung unnötig, ja unsinnig gewesen. Die Einsicht in die Aussichtslosigkeit einer abschließenden Beantwortung der fundamentalen Frage nach der Wahrheit macht

An einem Beispiel will ich das konkretisieren: *Carl Friedrich von Weizsäcker* hat einmal gesagt: „Das demokratische

die ewige Suche nach Gewissheiten natürlich nicht obsolet, wohl aber den Anspruch auf Wahrheit als Legitimation für gesellschaftliches oder politisches Handeln. Diese Errungenschaft einer jahrhundertlangen Auseinandersetzung zwischen Glaube und Vernunft gehört zum Kern unserer aufgeklärten, westlichen Kultur; sie vermittelt Einsichten in die normativen Grundlagen des modernen demokratischen Verfassungsstaates, die dieser dem berühmten *Böckenförde*-Diktum zufolge selbst weder schaffen noch garantieren kann. Dies den Menschen nahebringen, ist für mich eine der Kernaufgaben politischer Bildungsarbeit, die auch die kulturellen Wurzeln unserer Demokratie und der politischen Kultur ernst nimmt.



Prof. Dr. Norbert Lammert ist Präsident des deutschen Bundestages und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft und Honorarprofessor an der Ruhr-Universität Bochum. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Adresse: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011

E-Mail: praesident@bundestag.de